

## Zwei gelungene EVP-Events

Noch vor den Sommerferien kam es zu zwei EVP-Anlässen, bei denen es nicht primär um Politik, sondern um Geselligkeit und Kontakte in angenehmer Umgebung ging.

Rund 15 Personen erfuhren auf Einladung der EVP Stadt Bern an einer Führung durch den Botanischen Garten von dessen Reichtum und seiner

Bedeutung für die Wissenschaft und die Naherholung.

Eine gut gelaunte Schar von Jung bis Alt traf sich auf Einladung von Wilf Gasser zu dessen Verabschiedung von der städtischen EVP in Gassers Garten im Eichholz zum Grillieren. Einige nutzten gar die nahe Aare zu einem gemeinsamen Schwimmen. ce

## 2. Gemütliche Grillparty bei Gassers



## 1. Führung im Botanischen Garten



Im Botanischen Garten gab es vieles zu entdecken.



Grillparty im Garten der Familie Gasser im Eichholz.

## Kurz-Information

### Regionalrichterin gewählt

Aufgrund einer Justizreform werden neu auch alle Richterinnen und Richter der ersten Instanz vom Grossen Rat gewählt. Nebst Jürg Zinglé (s. Interview Seite 2) wurde auch die langjährige Gerichtspräsidentin im Kreis Bern-Laupen, Christine Schaar, nun vom Grossen Rat als Regionalrichterin gewählt. Der Vorstand der EVP Stadt Bern, dem Christine Schaar als Kassierin angehört, gratuliert ihr zu ihrer Wahl. BSt.



Christine Schaar

## Impressum

Herausgeber:  
EVP Kanton Bern,  
Postfach, 3000 Bern 7  
Redaktion «Berner EVP»:  
Christof Erne, Bern

Kontaktadresse für «EVP-Info»: Christof Erne,  
Tel. 031 991 78 91, ch.erne@hispeed.ch

EVP Stadt Bern, Postfach 6049, 3001 Bern  
Postcheckkonto 30-2067-3;  
Mail: info@evp-bern.ch, Internet: www.evp-bern.ch



# EVP-Info



Evangelische Volkspartei  
Stadt Bern

## Informationen der Evangelischen Volkspartei Stadt Bern September 2010

### Erhöhung des Rentenalters?!

Anfang Juni dieses Jahres hat der Stadtrat im Rahmen einer Teilrevision des Personalreglements beschlossen, die obere Altersgrenze für die Pensionierung der Stadtangestellten von 63 auf 65 Jahre anzuheben. Dies löste innerhalb der Stadtverwaltung einen grossen Wirbel aus. Zwei Wochen später kam der Stadtrat auf seinen Beschluss zurück und verlangt nun vom Gemeinderat, dass dieser dem Parlament bis Ende 2011 eine Revision der «einschlägigen städtischen Rechtsgrundlagen» vorlegt, die eine Flexibilisierung des Rücktritts- und Rentenalters ermöglicht. Auch wir EVP-Stadträte haben diese Beschlüsse des Stadtrats unterstützt und erläutern Ihnen unsere Argumente dazu näher.

### Zugunsten einer Flexibilisierung

Nach wie vor stehen wir EVP-Stadträte für gute Arbeitsbedingungen in der Stadtverwaltung ein. Wir wollen aber keine Frühpensionierungen mit der Giesskanne, sondern eine gezielte Fle-

xibilisierung des Pensionsalters. Heute müssen auch Kaderleute mit 63 in Pension gehen, obwohl sie eigentlich noch fit für die Weiterarbeit wären. Auf der anderen Seite können sich auch körperlich hart Arbeitende erst mit 63 pensionieren lassen, weil sie sich eine Frühpensionierung nicht leisten können. Uns ist wichtig, dass Menschen, die Schwerstarbeit verrichten oder gesundheitlich angeschlagen sind, früher in Pension gehen können. Auf der anderen Seite soll das Arbeiten über die Pensionsaltersgrenze hinaus möglich sein.

Wir geben es ja zu: Dass wir der Erhöhung der oberen Altersgrenze zugestimmt haben, war eine «Nacht- und Nebelaktion». Wir haben vor unserem Beschluss weder die Sozialpartner konsultiert noch eine Vernehmlassung durchgeführt. Den entsprechenden Antrag haben wir erst an der Stadtratssitzung selbst als Tischvorlage erhalten. Wir bezweifeln



Martin Trachsel und Barbara Streit-Stettler

aber, dass wir auf dem üblichen Weg etwas in Bewegung hätten bringen können. Die kategorische Verweigerungshaltung der Gewerkschaften hätte dem Ansinnen ein rechtzeitiges Ende bereitet.

Nun sind wir guter Hoffnung, dass wir bis Ende 2011 zusammen mit den Sozialpartnern nachhaltige Lösungen finden können, damit auch die «Nachkommen» unserer heutigen Stadtangestellten noch auf existenzsichernde Renten zählen können.

Martin Trachsel und Barbara Streit-Stettler, EVP-Stadträte

## Für Ihre Agenda

### Mittwoch, 3. November 2010

Parolenfassung zu den städtischen Volksabstimmungen vom 28. November 2010.

### Mittwoch, 8. Dezember 2010

Adventsfeier mit besinnlichem Teil und gemütlichem Beisammensein bei Grittibänzen und Glühmost.

Beide Anlässe finden je um 19.30 Uhr an der Nägeligasse 9 in Bern statt. Wir freuen uns über Ihre Teilnahme.

## Unterstützung konkret

Dieser «EVP-Info» liegt ein Einzahlungsschein der Stadtberner EVP bei. Wir sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie ihn benutzen!

Druck und Versand dieser «EVP-Info», Parteiveranstaltungen, besonders aber die regelmässig anstehenden diversen Wahlen kosten trotz viel ehrenamtlicher Arbeit auch Geld. Wir sind Ihnen darum dankbar für jede Spende für die Arbeit der EVP!

## Quartierkommission DIALOG Nord

Im Nordquartier leben rund 25 000 Einwohner/innen, gut ein Fünftel der Stadtberner Bevölkerung. Der DIALOG Nord ist als Quartierkommission



offizielles Ansprechorgan der Stadtverwaltung für den Stadtteil 5 Breitenrain-Lorraine. Die bunte Vielfalt des Nordquartiers spiegelt sich im DIALOG Nord wieder. 16 Organisationen und Parteien aus dem Stadtteil treffen sich monatlich zu den Vereinsversammlungen, um Quartieranliegen zu besprechen und gemeinsame Lösungen zu suchen.

Der Stadtteil 5 gilt als urban und weltoffen und ist mit dem Stadtzentrum bestens verbunden. Deshalb ist er als Arbeits- und Wohnort beliebt. Mit dem Wankdorf-Center, der geplanten WankdorfCity und dem Kasernenareal liegen wichtige Entwicklungszonen und Anlagen der Stadt im Quartier. Im DIALOG sind diese denn auch häufig ein Thema. Der Umbau des Breitenrainplatzes und die Stärkung der Lorraine, die Aareraumplanung sowie die Nutzung des Kasernenareals – verbunden mit dem Migros-Neubau am Breitenrainplatz – werden wiederholt thematisiert. Die Quartierkommission setzt sich zudem z.B. für bessere Schulwegsicherheit oder für Neuzuzüger ein. Gerade der Neuzuzügeranlass bietet Gelegenheit, Menschen, die neu im Quartier wohnen, kennen zu lernen und ihre Anliegen zu hören.

Mir liegt viel daran, ein gutes Zusammenleben der verschiedensten Menschen und Kulturen im Stadtteil 5 zu ermöglichen. Mit meinem Engagement im DIALOG kann ich einen kleinen Beitrag zur Entwicklung des Quartiers beisteuern.

Matthias Fankhauser,  
EVP-Vertreter im DIALOG Nord

## EVP-Mitglied in eine neue Funktion in der Berner Justiz gewählt

**Jürg Zingle, Mitglied der EVP Stadt Bern, wurde im Juni 2010 vom Grossen Rat zu einem von zwei künftigen Zwangsmassnahme-Richtern des Kantons Bern gewählt.**

*Jürg Zingle, was ist die Aufgabe eines Zwangsmassnahme-Richters?*

Er überprüft von Staatsanwälten oder Gerichten angeordnete prozessuale Massnahmen, die in die persönliche Freiheit von Verdächtigen und Beschuldigten eingreifen. So sind Verhaftungen zu überprüfen, Telefonüberwachungen und auch V-Mann-Einsätze zu genehmigen. Zudem kommt der Zwangsmassnahme-Richter bei ausländerrechtlichen Massnahmen, wie z.B. der Anordnung von Ausschaffungshaft, zum Einsatz.

*Warum reizt dich diese Aufgabe?*

Es ist die Weiterführung meiner ursprünglichen Vision. Nach einer fünfjährigen Tätigkeit als geschäftsleitender Untersuchungsrichter beim Untersuchungsrichteramt (URA) III Bern-Mittelland wechselte ich 2002 zum Leiter des Eidgenössischen Untersuchungsrichteramtes. Der Bund hatte zunächst die Idee, das Eidgenössische URA in ein Eidgenössisches Zwangsmassnahmegericht zu überführen. Diese Idee wurde wegen der Befürchtung einer mangelnden Auslastung schliesslich nicht realisiert. Die Aufgaben werden nun auf 2011 an die Kantone delegiert, und so interessierte ich mich eben für die Stelle als Zwangsmassnahme-Richter des Kantons Bern.

Es ist zudem auch mein Wunsch, wieder einmal in einem Umfeld arbeiten zu können, das nicht von Medien und Politik geprägt, beeinflusst oder gar ge-



*EVP-Mitglied Jürg Zingle wird einer von zwei Zwangsmassnahme-Richtern im Kanton Bern.*

steuert wird. Es ist bedauerlich, dass es im geschilderten Umfeld nicht mehr um die Sache geht, sondern klar einzelne Personen im Fokus stehen, auf die dann scharf und ungerechtfertigt geschossen wird.

*Interview: Christine Schaer*

### Zur Person

Der in Bern wohnhafte Jürg Zingle mit Jahrgang 1953 war Untersuchungsrichter in Bern-Mittelland, ist heute geschäftsleitender Untersuchungsrichter am Eidgenössischen Untersuchungsrichteramt und einer der zwei zukünftigen Zwangsmassnahme-Richter des Kantons Bern. Er ist verheiratet, Stiftungsrat des Bernischen Sinfonie-Orchesters und EVP-Mitglied. Ein spezielles Anliegen ist ihm die Förderung der Kultur.

## Städtische Volksabstimmungen vom 26. September 2010

### Initiative «Schliessung und Verkauf der Reitschule!»

Diese Initiative der SVP verlangt, dass die Reitschule dem Meistbietenden im Baurecht abgegeben und umgenutzt wird. Die Initianten sind der Meinung, dass die Reitschule als Hallenbad, Restaurant, Kino, Sporthalle, Einkaufszentrum oder Museum genutzt werden könnte.

Die beiden EVP-Stadträte Martin Trachsel und Barbara Streit haben im Stadtrat die Initiative abgelehnt, weil sie der Ansicht sind, dass die Initiative weit übers Ziel hinausschiesst und die Probleme im Zusammenhang mit der Reitschule nicht löst. Ihre Argumente:

■ In den vergangenen Jahren wurden bereits dreimal Vorlagen abgelehnt, die den Betrieb der Reitschule unterbinden wollten. Dies zeigt, dass die Berner Bevöl-

kerung die Schliessung der Reitschule nicht will.

■ Die Reitschule bietet Kultur, die sonst nirgends in der Stadt Bern geboten wird.

■ In der Reitschule engagieren sich Jugendliche in Freiwilligenarbeit, es besteht Freiraum für kulturelle Experimente.

Noch nicht zufriedenstellend ist die Situation bezüglich Sicherheit in und um die Reitschule. Nach wie vor klappt die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Reitschule nur sporadisch. Die basisdemokratischen Strukturen der Reitschule erschweren die Kommunikation der Stadt mit der Reitschule erheblich. Diese Kritikpunkte können aber aus Sicht der EVP nicht mit einem Verkauf erledigt werden, sondern müssen bei den Verhandlungen für



*Barbara Streit-Stettler*

den neuen Leistungsvertrag 2011–2014 erneut aufs Tapet kommen. Dabei muss insbesondere geklärt werden, welche Sanktionen ergriffen werden, wenn die Sicherheitsvereinbarung als Bestandteil des Leistungsvertrags von Seiten der Reitschule nicht eingehalten wird.

*Barbara Streit-Stettler, Stadträtin*

### Finanzierung der öffentlichen Räume im WankdorfCity: Kreditaufstockung

Der Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf steht vor der unmittelbaren Verwirklichung des Wirtschaftsviertels WankdorfCity. Die Stimmberechtigten sagten bereits 2003 und 2005 ja zu Baurechtsabgabe und Sanierung der Altlasten sowie zur Erschliessung. Nun geht es um die Gestaltung der Finanzierung des Aussenraums.

Das Projekt wird über den städtischen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik abgewickelt. Die Stadt hat ein grosses Interesse an einer guten Vermarktung und einer ganzheitlichen städtebaulichen Identität des Gebiets. Aus diesem Grund hat der Fonds beschlossen, dass die Infrastruktur-Erschliessung und die Gestaltung des Aussenraums durch die

Stadt als Landbesitzerin umgesetzt werden soll. Dies macht Sinn, da verschiedenste Investoren wohl auch unterschiedliche Ansichten über die Gestaltung der öffentlichen Räume einbringen würden. Aufgrund einer Projektstudie werden Verkehrs- und Erschliessungskonzepte favorisiert, die eine sichere Koexistenz aller Verkehrsteilnehmenden und die Begrünung mit Bäumen vorsehen.

Zu den bereits gesprochenen 20,8 Millionen Franken sollen nochmals 25,64 Millionen Franken aufgewendet werden. Diesen hohen Anfangsinvestitionen steht der Baurechtszins gegenüber, welcher der Stadt regelmässige Einnahmen bringen wird.



*Martin Trachsel*

Die zwei Stadtratsmitglieder der EVP unterstützen die Planung des Aussenraums aus einer Hand sowie den Kredit von 25,64 Millionen Franken und bitten Sie um Annahme dieser Kreditaufstockung.

*Martin Trachsel, Stadtrat*